



Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss

Ansprechpartner/in: Frau Jarczyk

Telefon: (0221) 221-24954

Fax: (0221) 221-25446

E-Mail: anna.jarczyk@stadt-koeln.de

Datum: 05.03.2009

Niederschrift

über die **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, dem 03.02.2009, 14:15 Uhr bis 17:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Frau Carola Blum CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Alfred Hoffmann	CDU
Herr Dr. Helge Schlieben	CDU
Herr Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Frau Karin Wiesemann	SPD
Frau Gabriele Schlitt	Grüne

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Frau Özlem Demirel	Die Linke.Köln
Herr Bernd Schöppe	pro Köln

Vertreter von im Bereich der Stadt Köln wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe

Herr Tobias Agreiter	Bund der Dt. Kath. Jugend
Herr Ulrich Bergmann	Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Franz Decker e.V.	Caritasverband für die Stadt Köln
Frau Monika Kleine	Soz.dienst kath. Frauen

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Stephan Otten Berg	DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft-
----------------------------	----------------------------------

Vertreter von im Bereich der Stadt Köln wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe

Herr Wolfgang Scheiblich	Soz.dienst kath. Männer
--------------------------	-------------------------

Frau Ulrike Volland-Dörmann Arbeiterwohlfahrt

Sachkundige Bürger

Frau Sylvia Laufenberg FDP

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Hans-Josef Bauer CDU
Herr Volker Lemken CDU
Herr Dirk Detampel SPD
Frau Kirsten Jahn Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Eva-Marie Fiedler FDP

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe

Frau Dr. Juliane Arnold Ev. Kirchengemeinde
Frau Renate Blum-Maurice Haus der Familie
Frau Petra Gast wir für pänz e.V.
Herr Wilhelm Gerber Veedel e.V.

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Karin Grevelhörster Zentrum für Frühbehandlung und
Frühförderung e.V.
Frau Almut Gross

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Markus Kaufmann Kath. Jugendwerke e.V.
Herr Magnus Ringhandt AK für das ausländische Kind e.V.
Herr Marc Ruda Deutsches Rotes Kreuz
Herr Jochen Sander-von der Meden Netzwerk e.V.
Herr Hans-Josef Saxler Soziales Zentrum Lino-Club e.V.
Herr Uwe Schäfer-Remmele Theaterpädagogisches Zentrum
e.V.
Frau Helga Schlapka Dt. Pfadfinderbund
Herr Stefan Schmitz Ev. Stadtkirchenverband Köln
Frau Carola Siman Kath. Fachstelle für Jugendpastoral
Herr Georg Spitzley
Herr Jörg Uckermann Polizeipräsident Köln
Herr Wolfgang Wendelmann
Herr Wolfgang Wirtz Verein zur Förderung von Kindern
Frau Carmen Wöhler und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V.

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Frau Carolin Krause

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Magna Becker

Seniorenvertreter/in

Herr Heinrich Spieker Seniorenvertretung

**Presse
Zuschauer**

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Marco Mendorf FDP

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Andrea Kostolnik auf Vorschlag von Die Linke.Köln

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe

Frau Erika Weber Sportjugend Köln

Vor Eintritt in die Tagesordnung bedanken und verabschieden sich die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses vom bisherigen Schriftführer, Herrn Wolfgang Fuchs.

Die Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass im Rahmen des Vortrages der kultur- und medienpädagogischen Facheinrichtungen im Eingangsbereich Stände zur Information der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses aufgebaut wurden.

TOP 3.8 (Mitteilung über derzeitigen Sachstand für den Bereich ASD und GSD anlässlich eines Antrages der FDP-Fraktion an den AVR) wurde von der Verwaltung zurückgezogen und wird, in aktualisierter Form, unter TOP 3.11 als Tischvorlage vorgelegt.

TOP 6.4 (Trägerschaft für Jugendeinrichtung in Köln Buchforst) wurde von der Verwaltung am 30.01.2009 zurückgezogen, da noch Beratungsbedarf zwischen dem Träger und dem Investor besteht. Diese Information hat die Bezirksvertretung 9 (Mülheim) nicht erreicht und der Tagesordnungspunkt wurde bei der Bezirksvertretungssitzung am 02.02.2009 einstimmig beschlossen.

TOP 8.1 (Entwicklungskonzept Porz-Mitte) wurde von der Verwaltung zurückgezogen, da zunächst das Beratungsergebnis der Bezirksvertretung 7 (Porz) abgewartet werden soll. Zu einer der nächsten Beschlussabfolgen erfolgt eine neue Anmeldung.

Die Ausschussvorsitzende bittet um Erweiterung der Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte 3.4, 3.5, 3.6, 3.7, 3.8, 3.9, 3.10, 3.11, 5.1.2, 6.3, 6.4, 7.2, zu 8.4, 8.8, 8.9 und 10.3.

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Referat der kultur- und medienpädagogischen Facheinrichtungen Bezug zur Beschlussvorlage TOP 8.2

- 1.1 Benennung der Stimmzähler
- 1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen

3 Mitteilungen

- 3.1 Verbunderweiterungen von Familienzentren und Befragung von Familienzentren
5748/2008
- 3.2 Resolution des Rates betreffend "Einbehaltung von zugesagten Bundesmitteln und Deckelung der U3-Plätze durch das Land"
5821/2009
- 3.3 Statusbericht über die Umsetzung der Maßnahmen des Bürgerhaushaltes 2008
5865/2009
- 3.4 Bildungslandschaft Höhenberg Vingst - Sachstandsbericht
5669/2008
- 3.5 Kampagne zur Alkoholprävention "Keine Kurzen für Kurze" und "Jeck dance"
0219/2009
- 3.6 Ganztagsoffensive Sekundarstufe I
0279/2009

- 3.7 Einführung des Ganztagsbetriebs an Gymnasien und Realschulen / Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln
0362/2009
- 3.8 Mitteilung über derzeitigen Sachstand für den Bereich ASD und GSD anlässlich eines Antrages der FDP-Fraktion an den AVR
TOP wurde von der Verwaltung zurückgezogen!
0248/2009
- 3.9 Ratgeberbroschüre Band 18 "Spiel- und Lernsoftware pädagogisch beurteilt"
0277/2009
- 3.10 "Gefährdungsmeldungs Sofort Dienst" GSD
0470/2009
- 3.11 Mitteilung über derzeitigen Sachstand für den Bereich ASD und GSD anlässlich eines Antrages der FDP-Fraktion an den AVR
0498/2009

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 4.1 Frühere Anträge
- 4.2 Neue Anträge

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 5.1 Frühere Anfragen
 - 5.1.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 04.12.2008
AN/2385/2008
Initiative "Integration gemeinsam schaffen"
(Wurde bereits zum JHA am 09.12.2008 zu TOP 5.2.3 umgedruckt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)

Initiative "Integration gemeinsam schaffen"
Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion (AN/2385/2008)

5554/2008

- 5.1.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 08.12.2008
AN/2536/2008
(Wurde bereits zum JHA am 09.12.2008 zu TOP 5.2.4 umgedruckt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)

Bundesunterstützung für Betriebskindergärten
Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion (AN/2536/2008)

0139/2009

- 5.2 Neue Anfragen

6 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

- 6.1 Planungsaufnahme für die Realisierung eines Ersatzbaus für die bestehende Kindertagesstätte: Belvedere Straße 17 in Köln-Müngersdorf
(Wurde bereits zum JHA am 09.12.2008 zu TOP 6.1 umgedruckt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)
3208/2008
- 6.2 institutionelle Förderung 2008 an den Kinderhaus Frauen helfen Frauen e.V.
4775/2008
- 6.3 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gemäß § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen für die Zeit vom 01.01.2008 bis 30.06.2008
5129/2008
- 6.4 Trägerschaft für Jugendeinrichtung in Köln Buchforst
TOP wurde von der Verwaltung zurückgezogen!
5786/2009

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

- 7.1 Zusätzliche Mittel im Jahre 2009 für Maßnahmen der Bauunterhaltung in Jugendeinrichtungen
hier: Mittelverteilung
5158/2008
- 7.2 Sanierung und Umgestaltung des Spiel- und Bolzplatzes Auf dem Streitacker in Köln-Gremberghoven
5606/2008

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 8.1 Entwicklungskonzept Porz-Mitte
(Wurde bereits zum JHA am 09.12.2008 zu TOP 8.3 umgedruckt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)
TOP wurde von der Verwaltung zurückgezogen!
3629/2008
- 8.2 Kulturelle Bildung in Köln
(Wurde am 23.12.2008 als Sammelumdruck an alle JHA-Mitglieder versandt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)
3429/2008
- 8.3 Neuwahl eines beratenden Mitgliedes sowie eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -
5793/2009
- 8.4 Soziale Stadt NRW - Mülheim-Programm
hier: Integriertes Handlungskonzept Mülheim 2020 für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Köln - Mülheim
(Wurde am 20.10.2008 als Sammelumdruck an alle JHA-Mitglieder versandt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)
3493/2008

Soziale Stadt NRW - Mülheim Programm

0270/2009

- 8.5 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus
Konzept zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa
(Wurde am 09.01.2009 als Sammelumdruck an alle JHA-Mitglieder versandt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)
3984/2008

- 8.6 Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige - Ausbauplanung bis 2013
(Wurde am 15.01.2009 als Sammelumdruck an alle JHA-Mitglieder ver-
sandt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)
5359/2008
- 8.7 Projekt "Familienfreundliche Kölner Gewerbegebiete"
EFRE - Wettbewerbsaufruf "familie@unternehmen.NRW"
(Wurde am 15.01.2009 als Sammelumdruck an alle JHA-Mitglieder ver-
sandt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)
2075/2008
- 8.8 Qualitätssicherung und -verbesserung in der Offenen Ganztagschule im
Primarbereich
(Wurde am 15.01.2009 als Sammelumdruck an alle JHA-Mitglieder ver-
sandt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)
5743/2008
- 8.9 Schulsozialarbeit
Hier: Erweiterung der Schulsozialarbeit in 2009
(Wurde am 21.01.2009 als Sammelumdruck an alle JHA-Mitglieder ver-
sandt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)
4301/2008

9 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Referat der kultur- und medienpädagogischen Facheinrichtungen Bezug zur Beschlussvorlage TOP 8.2

Unter Bezugnahme auf TOP 8.2 halten die kultur- und medienpädagogischen Facheinrichtungen vor Eintritt in die Tagesordnung einen 30-minütigen Power-Point-gestützten Vortrag zum Thema „Kulturelle Bildung in Köln“.

Die hierfür ausgeteilten Unterlagen sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden Herr Dr. Heinen, Herr Dr. Schlieben und Frau Schlitt benannt.

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Beantwortung von Anfragen

Beantwortungen von Anfragen liegen nicht vor.

3 Mitteilungen

3.1 Verbunderweiterungen von Familienzentren und Befragung von Familienzentren 5748/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Wiesemann weist darauf hin, dass das Evangelische Familienzentrum Bilderstöckchen versehentlich dem Stadtbezirk 6 (Chorweiler) zugeordnet wurde, jedoch tatsächlich zum Stadtbezirk 5 (Nippes) gehöre. Sie bittet um Mitteilung, wie damit umgegangen wurde, dass von 67 Familienzentren lediglich 45 geantwortet haben.

Frau Brähler-Haucke teilt für die Verwaltung mit, dass zeitgleich zu der Befragung ein zeitaufwendiges Zertifizierungsverfahren in den Familienzentren durchgeführt wurde. Dieses werde im Frühjahr abgeschlossen sein, so dass die Befragung der Verwaltung dann fortgeschrieben werde.

3.2 Resolution des Rates betreffend "Einbehaltung von zugesagten Bundesmitteln und Deckelung der U3-Plätze durch das Land" 5821/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Schlitt erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erwidert, es gäbe zur Zeit keinen neuen Sachstand. In der Sache sei aber bereits Bewegung spürbar.

3.3 Statusbericht über die Umsetzung der Maßnahmen des Bürgerhaushaltes 2008 5865/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Jahn bittet bezüglich der Spiel- und Bolzplätze um Mitteilung, welche Kriterien für die Priorität gesetzt werden.

Frau Beigeordnete Dr. Klein teilt mit, die Beantwortung der Frage werde schriftlich erfolgen.

Herr Aggreiter bittet um Mitteilung, ob der nächste Bürgerhaushalt so verständlich sein wird, dass Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben werden, daran teilzunehmen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, dass der Bürgerhaushalt sehr stark Internetgestützt sei. Dies stelle für Kinder eine relativ hohe Hürde dar. Bei Jugendlichen sehe dies wieder anders aus. Mit Dezernat II werde abgestimmt, ob Beteiligungsmodelle entwickelt werden können.

3.4 Bildungslandschaft Höhenberg Vingst - Sachstandsbericht 5669/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.5 Kampagne zur Alkoholprävention "Keine Kurzen für Kurze" und "Jeck dance"
0219/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Laufenberg bittet für die FDP-Fraktion um Mitteilung, wie genau das Projekt der Streetworker in der Altstadt aussehen solle.

Frau Hartmann teilt für die Verwaltung mit, dass es sich um ein zweigleisiges Konzept handele. Zum einen würden in der Altstadt zwei Pavillons aufgestellt. Dort sollen die Jugendlichen die Möglichkeit der Beratung finden. Zum anderen werde ein Teil der Streetworker mobil unterwegs sein um deeskalierend zu wirken und die Jugendlichen dem Beratungsangebot zuzuführen.

**3.6 Ganztagsoffensive Sekundarstufe I
0279/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.7 Einführung des Ganztagsbetriebs an Gymnasien und Realschulen /
Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln
0362/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.8 Mitteilung über derzeitigen Sachstand für den Bereich ASD und GSD
anlässlich eines Antrages der FDP-Fraktion an den AVR
TOP wurde von der Verwaltung zurückgezogen!
0248/2009**

Die Mitteilung wurde von der Verwaltung zurückgezogen und wird, in aktualisierter Form, unter TOP 3.11 vorgelegt.

**3.9 Ratgeberbroschüre Band 18 "Spiel- und Lernsoftware pädagogisch
beurteilt"
0277/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.10 "Gefährdungsmeldungs Sofort Dienst" GSD
0470/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Beginn der Sitzung als Tischvorlage verteilt und ist der Niederschrift nochmals als Anlage 2 beigefügt. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.11 Mitteilung über derzeitigen Sachstand für den Bereich ASD und GSD
anlässlich eines Antrages der FDP-Fraktion an den AVR
0498/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Beginn der Sitzung als Tischvorlage verteilt und ist der Niederschrift nochmals als Anlage 3 beigefügt. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

Frühere Anträge liegen nicht vor.

4.2 Neue Anträge

Neue Anträge liegen nicht vor.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

**5.1.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 04.12.2008
AN/2385/2008
Initiative "Integration gemeinsam schaffen"
(Wurde bereits zum JHA am 09.12.2008 zu TOP 5.2.3 umgedruckt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)**

**Initiative "Integration gemeinsam schaffen"
Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion (AN/2385/2008)
5554/2008**

Die Beantwortung der Anfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Herr Uckermann betont, die nächste Antiislamisierungskonferenz von proKöln werde am 08. und 09.05.2009 stattfinden.

**5.1.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 08.12.2008
AN/2536/2008
(Wurde bereits zum JHA am 09.12.2008 zu TOP 5.2.4 umgedruckt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)**

**Bundesunterstützung für Betriebskindergärten
Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion (AN/2536/2008)
0139/2009**

Die Beantwortung der Anfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

5.2 Neue Anfragen

Neue Anfragen liegen nicht vor.

6 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

**6.1 Planungsaufnahme für die Realisierung eines Ersatzbaus für die bestehende Kindertagesstätte: Belvedere Straße 17 in Köln-Müngersdorf
(Wurde bereits zum JHA am 09.12.2008 zu TOP 6.1 umgedruckt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)
3208/2008**

Das Vorberatungsergebnis der Bezirksvertretung 3 (Lindenthal) vom 08.12.2008 wurde vor Beginn der Sitzung als Tischvorlage verteilt und ist der Niederschrift nochmals als Anlage 4 beigelegt.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bittet, die Vorlage in die nächste Sitzung des JHA zu vertagen, damit noch Gespräche mit den betroffenen Eltern geführt werden können.

Frau Schlitt stimmt im Namen der Fraktion Die Grünen/Bündnis 90 dem Vorschlag von Frau Beigeordneter Dr. Klein zu und äußert, dass auf eine einvernehmliche Lösung gehofft werde.

Beschluss:

Der JHA beschließt, die Beratung und Beschlussfassung in die Sitzung des Ausschusses am 17.03.2009 zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.2 institutionelle Förderung 2008 an den Kinderhaus Frauen helfen Frauen e.V.
4775/2008**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt die institutionelle Förderung im Haushaltsjahr 2008 an den Kinderhaus Frauen helfen Frauen e.V. für Einrichtungen für Alleinerziehende mit Kindern u.ä. in Höhe von 46.300 Euro.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt ferner, unter Bezug auf den Ratsbeschluss vom 24.06.2008, Top 9.18 (Vorlagen-Nr. 2748/2008) und 25.09.2008 TOP 9.22 (Vorlagen-Nr. 3695/2008) einen Zuschuss in Höhe von 1.700 Euro zur Finanzierung der Mehraufwendungen der aktuellen Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst, an den Träger Kinderhaus Frauen helfen Frauen e.V. zu gewähren.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0601, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.3 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gemäß § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen für die Zeit vom 01.01.2008 bis 30.06.2008
5129/2008**

Herr Dr. Heinen kritisiert, der Halbjahresbericht zum 30.06.2008 sei kontraproduktiv und sollte bereinigt werden. Das Verfahren müsse unbedingt überdacht und überarbeitet werden.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erwidert, die Bitte sei bereits an 01, die federführende Stelle, weitergegeben worden.

Frau Schlitt nimmt Bezug auf Blatt 148 des Halbjahresberichtes zum 30.06.2008. Sie kritisiert, dass zwar eine Prioritätenliste vorläge, diese jedoch von der Verwaltung nicht ernst genommen würde.

Frau Krause teilt mit, dass dies von der Verwaltung geprüft und anschließend schriftlich beantwortet werde.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss –Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- nimmt den seinen Geschäftsbereich betreffenden Teil des Halbjahresberichtes zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.4 Trägerschaft für Jugendeinrichtung in Köln Buchforst TOP wurde von der Verwaltung zurückgezogen! 5786/2009

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen, da noch Klärungs- und Beratungsbedarf zwischen dem Träger und dem Investor besteht. Diese Information hat die Bezirksvertretung 9 (Mülheim) nicht erreicht und der Tagesordnungspunkt wurde bei der Bezirksvertretungssitzung am 02.02.2009 einstimmig beschlossen.

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7.1 Zusätzliche Mittel im Jahre 2009 für Maßnahmen der Bauunterhaltung in Jugendeinrichtungen hier: Mittelverteilung 5158/2008

Frau Jahn bittet um Mitteilung, ob beim geplanten Konjunkturprogramm die Jugendzentren und –einrichtungen sowie insbesondere die OT´s mitberücksichtigt werden. Des Weiteren bittet sie um Auskunft, ob noch Anträge von weiteren Jugendeinrichtungen vorliegen und nach welchen Kriterien die Höhe der Zuschüsse erfolgt sei.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erwidert, dass alle Anträge in voller Höhe berücksichtigt werden konnten und keine weiteren Anträge eingegangen seien. Im Rahmen des Konjunkturprogramms stehen für Köln etwas mehr als 100 Mio. Euro zur Verfügung. 65% seien für den Bildungsbereich und somit auch für Jugendeinrichtungen bestimmt. Intern wurde Bedarf für Bauunterhaltungsmaßnahmen von Jugendeinrichtungen und Kindertagesstätten angemeldet. Zur Zeit erfolge eine interne Sichtung

durch die Verwaltung. Demnächst werde mit der Kämmerei und dem Land geklärt, was genau zuschussfähig sei. Es werde versucht, die Jugendeinrichtungen als Bildungseinrichtungen unterzubringen.

Herr Schäfer-Remmele bittet um Mitteilung, ob es denkbar sei, auch die kulturpädagogischen Facheinrichtungen mit aufzunehmen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein teilt mit, dass dies noch geklärt werden müsse.

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt die Mittelfreigabe in Höhe von insgesamt 250.000,00 Euro für notwendige Bauunterhaltungsmaßnahmen der nachfolgend genannten Träger von Jugendeinrichtungen.

Die Freigabe der Mittel erfolgt aus den für das Jahr 2009 im Rahmen des politischen VN zusätzlich bereitgestellten Mitteln in Höhe von 250.000,00 Euro im Teilplan 0601, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.2 Sanierung und Umgestaltung des Spiel- und Bolzplatzes Auf dem Streitacker in Köln-Gremberghoven 5606/2008

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Porz beauftragt die Verwaltung die Sanierung und Umgestaltung des Spiel- und Bolzplatzes „Auf dem Streitacker“ in Köln- Gremberghoven mit Gesamtkosten von 206.500 Euro durchzuführen.
2. Der Finanzausschuss beschließt, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes, die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 180.000 Euro, für die Sanierung und Umgestaltung des Spiel- und Bolzplatzes „Auf dem Streitacker“, aus dem Teilfinanzierungsplan 0601, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Finanzstelle 5100-0601-0-2002 (Spielplätze).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Entwicklungskonzept Porz-Mitte

**(Wurde bereits zum JHA am 09.12.2008 zu TOP 8.3 umgedruckt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)
TOP wurde von der Verwaltung zurückgezogen!
3629/2008**

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen, da zunächst das Beratungsergebnis der Bezirksvertretung 7 (Porz) abgewartet werden soll. Zu einer der nächsten Beschlussabfolgen erfolgt eine neue Anmeldung.

**8.2 Kulturelle Bildung in Köln
(Wurde am 23.12.2008 als Sammelumdruck an alle JHA-Mitglieder versandt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)
3429/2008**

Das Vorberatungsergebnis des Integrationsrates vom 20.01.2009 wurde vor Beginn der Sitzung als Tischvorlage verteilt und ist der Niederschrift nochmals als Anlage 5 beigelegt.

Im Namen der Evangelischen Jugend stellt Frau Siman einen Änderungsantrag zu dem Unterpunkt „Die aktive Begegnung mit den Künsten“ (Seite 8 der Verwaltungsvorlage).

Der Text soll wie folgt ergänzt werden: „Gemeint ist das Vermitteln von Kunstfertigkeit im außerschulischen Bildungsbereich durch kultur- und medienpädagogische Einrichtungen wie Jugendkunstschulen, Musikschulen, Ballett- und Tanzschulen, **durch entsprechende Angebote der Jugendverbände** oder **durch** Weiterbildungseinrichtungen wie der Volkshochschule....“.

Frau Siman begründet den Änderungsantrag damit, dass die Jugendverbände in der obigen Auflistung fehlen obwohl sie auch kulturelle Bildung leisten.

Herr Schäfer-Remmele führt aus, dass es bei der Vorlage in erster Linie um die Frage gehe, bei welcher Stelle die zentrale Fachlichkeit liege. Die Fachlichkeit für Kulturpädagogik liege in erster Linie bei den Trägern kultureller Bildung. Kulturpädagogik sei sicherlich auch ein Teil der Jugendeinrichtungen aber die Fachlichkeit sei eine andere.

Herr Uckermann weist darauf hin, dass zunächst die finanzielle Barriere der kulturellen Angebote gesenkt werden müsse, damit eine Teilnahme am kulturellen Leben ermöglicht werde.

Frau Volland-Dörmann bittet Frau Siman, den Änderungsantrag zurückzuziehen, da das Konzept unter Einbeziehung vieler Fachleute in einer AG erarbeitet worden sei und die Änderung dem Papier nicht gerecht werde.

Frau Siman bittet trotzdem um Abstimmung.

Frau Blum stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt bei Enthaltung von Frau Blum.

Herr Dr. Schlieben merkt an, dass der Jugendhilfeausschuss in der Fassung des Integrationsrates beschließen soll.

Frau Schlitt stimmt im Namen der Fraktion Die Grünen/Bündnis 90 der Vorlage zu. Sie bittet die AG und die Verwaltung darum, auch Menschen mit Behinderungen mit einzubeziehen.

Frau Blum bittet um kurze Erläuterung des vorgesehenen Rotationssystems.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutert, dass die Stelle dauerhaft mit einer Person besetzt werde. Das Besetzungsverfahren werde über beide Dezernate laufen. Die ausgewählte Person werde in einem Turnus von zwei Jahren zwischen dem Kulturdezernat und dem Dezernat Bildung, Jugend und Sport wechseln. Dieses Modell laufe in München bereits sehr erfolgreich.

Frau Blum stellt den Beschlussvorschlag **in der Fassung des Integrationsrates** zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Der Rat nimmt das als Anlage 1 beigefügte Positionspapier „Kulturelle Bildung“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche in Köln. Er ist damit einverstanden, dass die zum Stellenplan 2008/2009 eingerichtete Stelle Verwaltungsangestellte/Verwaltungsangestellter VGr. II hD, Fg. 1a BAT (E 13 TVöD), die zunächst bis zur Vorlage des vorgenannten Positionspapiers mit einem Besetzungssperrvermerk versehen wurde, zur Besetzung freigegeben wird. Gleichzeitig beschließt er die Freigabe der im Teilergebnisplan 0405 – Kulturförderung – in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen - für kulturelle Bildung veranschlagten zahlungswirksamen Aufwandsermächtigung in Höhe von 85.000 Euro.

Die kulturelle Bildung auch für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ist in das Konzept einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.3 Neuwahl eines beratenden Mitgliedes sowie eines stellvertretenden
beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für
Kinder, Jugend und Familie -
5793/2009**

Beschluss:

Der Rat wählt als Nachfolgerin für Frau Rosemarie Korinth als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie –

Frau Carola Siman.

Als stellvertretendes beratendes Mitglied für Frau Siman im Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - wählt der Rat

Frau Katrin Reher.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.4 Soziale Stadt NRW - Mülheim-Programm hier: Integriertes Handlungskonzept Mülheim 2020 für das Programm- gebiet "Soziale Stadt" Köln - Mülheim (Wurde am 20.10.2008 als Sammelumdruck an alle JHA-Mitglieder versandt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.) 3493/2008

Das Vorberatungsergebnis des Wirtschaftsausschusses vom 26.01.2009 wurde vor Beginn der Sitzung als Tischvorlage verteilt und ist der Niederschrift nochmals als Anlage 6 beigelegt.

Herr Dr. Heinen gibt im Namen der SPD-Fraktion zu bedenken, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Fraglich sei immer noch, wie sehr die im Sozialraum bereits bestehenden Strukturen berücksichtigt wurden. Bei einigen Punkten bliebe zu prüfen, ob auch andere Träger berücksichtigt werden können, wenn in der Vorlage bereits explizit ein Träger genannt werde.

Frau Blum äußert, dass die Vorlage in der Form beschlossen werden müsse in der sie eingebracht wurde. Änderungen seien erst möglich, wenn die Vorlage beschlossen ist. Der baldige Beschluss sei notwendig, damit die Maßnahme beginnen könne und die Gelder fließen.

Frau Schlitt entgegnet für die Fraktion Die Grünen/Bündnis 90, dass Änderungen an der Vorlage nur jetzt möglich seien und nicht erst wenn ein Beschluss gefasst wurde. Sie äußert ihre Irritation bezüglich der bisherigen Verfahrensweise; z. B. warum die eigens für diese Maßnahme eingerichtete Lenkungsgruppe bisher nicht mit der Sache befasst wurde. Sie bittet, dies noch mal zusammen mit Agiplan zu debattieren. Die vorhandenen Strukturen müssten gestärkt und ausgebaut werden bevor neue Strukturen eingeführt werden. Sie beurteilt es als problematisch, dass bei vielen Programmen bereits Träger genannt wurden.

Frau Blum wiederholt, dass Änderungen sehr wohl auch noch nach dem Beschluss erfolgen können.

Frau Beigeordnete Dr. Klein teilt mit, dass die Kooperation offensichtlich nicht in allen Punkten funktioniert habe. Sie wirbt jedoch dafür, der Vorlage zuzustimmen, damit die Landesmittel für Mülheim sichergestellt werden. Die sozialräumliche Verankerung müsse noch nachgearbeitet werden. Das Konzept stelle einen Rahmen dar, der aber auch nach Beschlussfassung noch ausfüllfähig sei.

Frau Kröger teilt für die Verwaltung mit, die Mitteilung des Landes über die grundsätzliche Förderung des Programms liege vor. Schwerpunkte des Programms seien Lokale Ökonomie, Bildung, Ausbildung und Qualifizierung. Diese Schwerpunkte seien zwingend, die einzelnen Projekte können jedoch noch inhaltlich weiter ausgestaltet werden. Träger wurden bei einzelnen Projekten genannt, da die Ideen für die Projekte von diesen stammten. Gespräche der letzten Tage haben ergeben, dass alle Maßnahmen ausgeschrieben werden müssen, da ansonsten die Projekte nach dem EU-Förderrecht nicht förderfähig seien. Der Vertrag von Agiplan sei ausgelaufen, und die Projektsteuerung müsse ausgeschrieben werden. Auch Agiplan könne sich auf diese Ausschreibung bewerben. Sie betont, dass die Sozialraumkoordinatoren in die Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes eingebunden wurden.

Herr Uckermann stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, dass zunächst die Abstimmung über den Verweis der Vorlage an die nachfolgenden Gremien erfolgt.

Frau Blum erläutert, dass Herr Dr. Heinen bisher noch keinen Antrag auf Verweis der Vorlage gestellt habe, so dass zunächst die Diskussion fortgeführt werde.

Herr Schäfer-Remmele teilt mit, Planet Kultur sei nicht in der AG78 und somit nicht im gesamten Planungskontext für kulturelle Bildung in Köln. Er warnt vor der Dynamik die entsteht, wenn eine Einrichtung eine hohe Summe an Zuschüssen auf sich konzentriert.

Herr Pfarrer Decker schließt sich im Namen der Liga den bislang gemachten Anmerkungen zum Konzept an. Das Projekt solle selbstverständlich in Gang gesetzt werden, jedoch müsse in Zusammenarbeit mit der Liga eine Überarbeitung einzelner Projekte erfolgen. Die Liga habe mit Schreiben vom 20.01.2009 folgenden Zusatzantrag gestellt:

„Der Rat beschließt das Integrierte Handlungskonzept MÜLHEIM 2020 als zukünftiges Leitkonzept zur Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“. Er beauftragt die Verwaltung, **in Zusammenarbeit mit der LIGA der freien Wohlfahrtspflege einzelne Projekte hinsichtlich ihrer Ausgewogenheit und Nachhaltigkeit noch einmal zu prüfen. Hierbei sollen gesamtstädtische Strukturen beachtet werden. Anschließend sind die Projekte des Integrierten Handlungskonzeptes MÜLHEIM 2020 mit einem Gesamtvolumen in Höhe von rd. 39,8 Mio. Euro nach gesicherter Finanzierung umzusetzen. Die konkrete Ausgestaltung soll dann unter Einbezug der bestehenden Fachausschüsse erfolgen.**“

Sofern diese Änderung in den Beschluss eingearbeitet wird, werde die Liga der Vorlage zustimmen.

Frau Kröger betont noch ein Mal, dass alle Projekte ausgeschrieben werden müssen; auch Planet Kultur. Das EU-Förderprogramm sei bis 2013 befristet. Eine Verlänge-

rung um zwei Jahre für abschließende Maßnahmen sei möglich, so dass die Laufzeit insgesamt 7 Jahre betrage. Bezüglich des Änderungsantrages von Herrn Pfarrer Decker teilt Frau Kröger mit, dass der Liga bereits mit Mail vom 21.01.2009 mitgeteilt wurde, dass das Konzept mit dem Stadtvorstand abgestimmt sei und deshalb auch gesamtstädtische Strukturen beachtet wurden. Die im Programm enthaltenen Projekte seien ausgewogen, und die Nachhaltigkeit könne erst im Rahmen der Umsetzung geprüft werden. Ein differenziertes Controlling der Projekte werde hierzu Aussagen ermöglichen. Eine Einbeziehung der Fachausschüsse in die konkrete Ausgestaltung der Projekte sei nicht sinnvoll. Beabsichtigt sei aber, die Liga in die Konzeptionsphase der Projekte einzubeziehen. Der Rat und seine Ausschüsse sowie die Bezirksvertretung werden im Rahmen der Zuständigkeitsordnung beteiligt. Der Beschluss könne wie folgt abgeändert werden könne:

„Der Rat beschließt das Integrierte Handlungskonzept MÜLHEIM 2020 als zukünftiges Leitkonzept zur Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“. Er beauftragt die Verwaltung, **bei der weiteren Konkretisierung einzelner Punkte die LIGA der freien Wohlfahrtspflege einzubeziehen und** die Projekte des Integrierten Handlungskonzeptes MÜLHEIM 2020 mit einem Gesamtvolumen in Höhe von rd. 39,8 Mio. Euro nach gesicherter Finanzierung umzusetzen.“

Herr Pfarrer Decker betont, die Liga hätte einen gesetzlichen Beratungsauftrag auf den sie nicht verzichten werde. Er bittet darum, dass das Amt für Stadtentwicklung und Statistik sich in der Sache noch mal mit der Liga berät.

Herr Bergmann erläutert, bei dem Begriff „gesamtstädtischen Strukturen“ ginge es nicht nur darum, ob verwaltungsintern alles korrekt gelaufen sei. Mit den Akteuren vor Ort zu sprechen sei ein wesentlicher Baustein, reiche jedoch nicht aus. Er bemängelt, dass nicht geprüft wurde, welche Angebote gesamtstädtisch bereits vorhanden sind, die für Mülheim nutzbar gemacht werden könnten.

Herr Dr. Heinen macht darauf aufmerksam, dass laut Aussage von Frau Kröger weitere Gespräche mit Trägern und der Liga stattfinden sollen. Die daraus hervorgehenden Ergebnisse werden gebündelt an den Stadtentwicklungsausschuss herangetragen, so dass die Beschlussvorlage an den Rat noch dementsprechend verändert werden könne. Er stellt den Antrag, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Ausschüsse zu geben.

Frau Blum schlägt vor, die Vorlage in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.03.2009 zu verschieben.

Frau Kröger teilt mit, dass die Bezirksvertretung 9 (Mülheim) eine Sondersitzung für den 26.02.2009 beschlossen habe. Der Stadtentwicklungsausschuss sei der federführende Ausschuss; dieser werde alle Anmerkungen aus allen Ausschüssen zusammenfassen und bewerten.

Frau Schlitt bittet, das Protokoll des Jugendhilfeausschusses in alle nachfolgenden Ausschüsse zu geben.

Frau Blum stellt den Antrag der SPD-Fraktion auf Verweisung der Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Ausschüsse zur Abstimmung.

Sie gibt zu Protokoll, nicht an der Abstimmung teilzunehmen.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**Soziale Stadt NRW - Mülheim Programm
0270/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**8.5 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus
Konzept zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa
(Wurde am 09.01.2009 als Sammelumdruck an alle JHA-Mitglieder versandt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)
3984/2008**

Das Vorberatungsergebnis des Integrationsrates vom 20.01.2009 wurde vor Beginn der Sitzung als Tischvorlage verteilt und ist der Niederschrift nochmals als Anlage 7 beigelegt.

Herr Uckermann übt Kritik an der Vorlage. Er beanstandet, dass zur Finanzierung der Maßnahme Geld aus dem Antirassismustraining genommen werde und beantragt eine andere Finanzierung. Er bemängelt, Sport werde in der Vorlage nicht erwähnt.

Herr Uckermann stellt folgenden Zusatzantrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen gegen den Antisemitismus in die Verwaltungsvorlage als Planungsziel mit aufzunehmen.“

Frau Blum stellt den Zusatzantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt.

Anschließend stellt Frau Blum den Beschlussvorschlag in der Fassung des Integrationsrates zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung im Rahmen der vorhandenen Haushaltsressourcen mit der Umsetzung des als Anlage 1 beigefügten Konzeptes zur Umsetzung des „Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa“ in Köln.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Konzept dem Lenkungsausschuss des „Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus e.V.“ vorzulegen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, dem Rat zunächst jährlich über die Umsetzung von Aktivitäten zur Bekämpfung von Rassismus in Köln im Sinne des Zehn-Punkte-Aktionsplanes zu berichten und den Bericht dem Lenkungsausschuss der Städte-Koalition vorzulegen.
4. Der Rat beschließt die Mitgliedschaft der Stadt Köln im Verein „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus e.V.“ und beauftragt die Verwaltung, den Beitritt der Stadt Köln zum vorgenannten Verein in die Wege zu leiten. Der jährliche Mitgliedsbeitrag von 1.500 Euro wird aus Mitteln des zuständigen Dezernates sichergestellt.
5. Der Rat bittet die Verwaltung, den Einsatz von städtischen Beschäftigten in Projekten zur Prävention und Beseitigung von Rassismus und Diskriminierung zu ermöglichen und von den Fachdienststellen zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.6 Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige - Ausbauplanung bis 2013 (Wurde am 15.01.2009 als Sammelumdruck an alle JHA-Mitglieder versandt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.) 5359/2008

Das Vorberatungsergebnis der Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen) vom 02.02.2009 wurde vor Beginn der Sitzung als Tischvorlage verteilt und ist der Niederschrift nochmals als Anlage 8 beigefügt.

Herr Dr. Schlieben bittet um Mitteilung, welche Versorgungsquoten in den einzelnen Stadtbezirken realisiert werden sollen. Er spricht sich für den Beschluss der Bezirksvertretung 8 (Kalk) zu diesem TOP aus, wonach die Bezirksvertretungen jährlich über den Ausbaustand informiert werden sollen. Bezüglich Anlage 2 zu der Verwaltungsvorlage bittet er um Auskunft, was genau die Angabe „vorgesehen für 2010ff“ bedeutet. Diese Angabe tauche bei einigen Tageseinrichtungen auf, die bereits seit einigen Jahren mit hoher Priorität ausgewiesen werden.

Herr Pfeuffer teilt für die Verwaltung mit, dass in jedem Stadtbezirk bis 2013 eine Versorgungsquote von mindestens 40% erreicht werden soll, damit Kindern unter 3 Jahren in allen Stadtbezirken die gleichen Bildungschancen eröffnet werden. Eine Ausnahme stelle der Stadtbezirk Innenstadt dar, bei dem die besonders hohe Eltern-

nachfrage für eine höhere Ausbauquote spricht. Die Angabe einer Mindestzielquote von 32% in der Verwaltungsvorlage beziehe sich auf die Stadtteile. Die Angaben in der Prioritätenliste der Neubaumaßnahmen von Kindertageseinrichtungen könnten seitens der Verwaltung noch einmal überprüft werden. Eine entsprechende Mitteilung könne für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorgesehen werden.

Auf Nachfrage von Frau Schlitt führt Frau Beigeordnete Dr. Klein aus, dass die Anregung der Bezirksvertretung Kalk aufgegriffen werde und – neben dem Rat – sowohl der Jugendhilfeausschuss als auch die Bezirke jährlich über den Ausbaustand informiert werden. Auch die Anregung der Bezirksvertretung Rodenkirchen, welche die in der Beschlussvorlage enthaltene Zielformulierung für diesen Stadtbezirk noch einmal unterstreicht, werde berücksichtigt.

Herr Uckermann gibt zu Protokoll, dass er die Vorlage grundsätzlich begrüße. Er habe jedoch die Befürchtung, dass hier durch die Politik ein einseitiges Familienbild präjudiziert werde. Eltern hätten kaum noch die Möglichkeit, ihre Kinder selber zu betreuen, sondern würden gezwungen sie in eine institutionelle Kindertagesbetreuung zu geben.

Frau Blum weist darauf hin, dass gerade der Ausbau der Kindertagesbetreuung in Kindertageseinrichtungen und im Bereich der Kindertagespflege den Eltern eine Wahlmöglichkeit verschafft.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt den bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige auf insgesamt mindestens 10.200 Betreuungsplätze bis zum Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014, vorbehaltlich der Gewährung von Bundes- und Landeszuschüssen zu den Investitions- und Betriebskosten. Die Anzahl der Betreuungsplätze im Jahr 2013 entspricht einer gesamtstädtischen Versorgungsquote von 40% der 0- bis unter 3-Jährigen.
2. Weiterhin beschließt der Rat, dass 80% der geplanten Gesamtzahl der Betreuungsplätze für unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen und 20% im Bereich der Kindertagespflege realisiert werden. Das bedeutet die Realisierung rd. 3.420 neuer Plätze für unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen durch Umbau- und Neubaumaßnahmen sowie die Schaffung rd. 1.080 zusätzlicher Plätze der Kindertagespflege für unter 3-Jährige.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Zielplanung in Abstimmung mit den Trägerverbänden und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedarfssituation auf Stadtbezirks- und Stadtteilebene umzusetzen und den Rat jährlich über den erreichten Ausbaustand zu informieren.
4. Die Finanzierung erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans. Der Rat beschließt, dass die personellen Auswirkungen, die sich aus dem Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige bis 2013 ergeben, seitens der Verwaltung im Rahmen unterjähriger organisatorischer Betrachtungen ermittelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.7 Projekt "Familienfreundliche Kölner Gewerbegebiete" EFRE - Wettbewerbsaufruf "familie@unternehmen.NRW" (Wurde am 15.01.2009 als Sammelumdruck an alle JHA-Mitglieder versandt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.) 2075/2008

Frau Jahn bittet um Mitteilung, ob die Vorlage sich nicht widerspreche. Sie verstehe den ersten Absatz auf Seite 6 der Verwaltungsvorlage in Verbindung mit Punkt 1 des Beschlusses so, dass die Stadt mit einem Betrag in Höhe von 80.210,40 Euro in Vorleistung treten müsse. Dies widerspreche ihrer Ansicht nach dem Zweck der Vorlage.

Frau Krause teilt für die Verwaltung mit, dass die Vorlage vom Amt für Wirtschaftsförderung stamme und sagt zu, diesbezüglich eine schriftliche Beantwortung für den Jugendhilfeausschuss einzuholen.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt vorbehaltlich der Förderung durch das Land NRW und die EU die Durchführung des Projekts „Familienfreundliche Kölner Gewerbegebiete“ in der Zeit vom 01.03.2009 – 28.02.2011 gemäß der in der Problemstellung dargelegten Finanzierung.
2. Für die Wahrnehmung der Aufgabe beauftragt der Rat die Verwaltung, die zur Umsetzung des Projektes erforderlichen Mehrstellen
1 Stelle StAR BGr. A 11 BBO bzw. VA VGr. IVa BAT (EG 10 TVöD)
0,5 Stelle VA VGr. VIII/VII Fg 1b/1c (EG 3 TVöD)
zum Stellenplan 2010 befristet bis zum 28.02.2011 einzurichten.
Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 wird die Verwaltung beauftragt, die entsprechenden Stellen intern zur Verrechnung zur Verfügung zu stellen.
3. Der Beschluss beinhaltet die Freigabe der im Doppelhaushalt 2008/2009 für das Haushaltsjahr 2009 im Teilplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus in Zeile 13 als „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ veranschlagten Mittel für die Maßnahme „Familienfreundliche Gewerbegebiete/Landeswettbewerb“ in Höhe von 50.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.8 Qualitätssicherung und -verbesserung in der Offenen Ganztagschule im Primärbereich

**(Wurde am 15.01.2009 als Sammelumdruck an alle JHA-Mitglieder
versandt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)
5743/2008**

Frau Jahn bittet um Mitteilung, wie sich die Entwicklung der Elternbeiträge gestaltet.

Frau Beigeordnete Dr. Klein verweist bezüglich der Elternbeiträge auf die Elternbeitragsatzung für Kindertagesstätten und Offene Ganztagschulen. Für den Offenen Ganztags stehe derzeit ein Gesamtbudget in Höhe von 38,2 Mio. Euro zur Verfügung. Dabei handele es sich sowohl um Landes- als auch um kommunale Mittel sowie um Elternbeiträge. Der kommunale Anteil betrage mit der Erhöhung 21 Mio. Euro. Davon seien Elternbeiträge in Höhe von 8,2 Mio. Euro in Ansatz zu bringen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Vorschläge zur Qualitätsverbesserung in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich zustimmend zur Kenntnis und beschließt,

1. die Zuwendungen für die Offene Ganztagschule ab dem 2. Schulhalbjahr 2008/2009 in Grundschulen um 155 Euro je Platz / Schuljahr und in Förderschulen um 310 Euro je Platz / Schuljahr zu erhöhen. Die Mittel sind zur Verbesserung der quantitativen und qualitativen Personalausstattung zu verwenden,
2. für die Betreuung und Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zusätzliche Zuwendungen in Höhe von 5.300 Euro (2.650 Euro in der GGS Am Rosenmaar) je Kind und Schuljahr zu gewähren. In Ergänzung zum Ratsbeschluss vom 06.02.2007 werden somit ab 01.02.2009 alle im Offenen Ganztags mit behinderten Kindern belegten Plätze in Grundschulen gefördert, und
3. die Fördermittel für weitere 20 Grundschulen in Wohnbereichen mit besonderem Jugendhilfebedarf gem. Anlage 2 um 2.560 Euro je Gruppe pro Schuljahr zu erhöhen.
4. Die zur Durchführung der Maßnahmen im Haushaltsjahr 2009 erforderlichen zusätzlichen Haushaltsmittel in Höhe von 3.717.915 Euro stehen im Haushaltsplan 2009 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, bei Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.
5. Die ab dem Haushaltsjahr 2010 erforderliche Finanzierung in Höhe von 3.999.190 Euro wurde in der Finanzplanung 2010 ff zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.9 Schulsozialarbeit

Hier: Erweiterung der Schulsozialarbeit in 2009

**(Wurde am 21.01.2009 als Sammelumdruck an alle JHA-Mitglieder
versandt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.)**

4301/2008

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, sie sei froh, dass mehr Schulsozialarbeit in den Kölner Schulen realisiert werden könne. Insgesamt werden 22 kommunale zusätzliche Stellen eingerichtet. Im ersten Schritt handele es sich um 11 Stellen, die an Förder- und Hauptschulen eingerichtet werden, so dass dann jede Förder- und jede Hauptschule Schulsozialarbeit haben werde. Im zweiten Schritt werden auf der Grundlage des Landeserlasses im sogenannten Reißverschlussverfahren weitere 11 Stellen besetzt. Der Landeserlass sehe vor, dass Schulen eine Lehrerstelle in eine Sozialarbeiterstelle umwandeln können. Dies stelle für kleinere Schulen eher ein Problem dar als für größere. Seit Erlassbeginn im Januar 2008 wurden an Berufskollegs bereits 7,5 Stellen eingerichtet. Von den zweiten 11 Stellen, die an Grundschulen eingerichtet werden sollen, hat die Stadt Köln somit bereits anrechenbare 7,5 Stellen. Somit können die entsprechenden 8 kommunalen Stellen an Grundschulen eingerichtet werden. Es sei vorstellbar, dass auch weitere, größere Schulsysteme umwandeln, so dass die Stadt Köln insgesamt auf 11 Stellen kommen werde. Die Auswahl der Grundschulen wurde nach einem Sozial-Index vorgenommen. Die vorhandenen Ressourcen wurden so verteilt, dass möglichst viele Schulen davon profitieren. Z. B. können sich Schulen, die die gleiche Adresse haben, eine Schulsozialarbeiterstelle teilen. Mitberücksichtigt wurden auch Schulen, die gemeinsamen Unterricht anbieten.

Herr Scheiblich äußert, dass die Planung grundsätzlich unterstützt werde, da der Ausbau sehr gut sei. Fraglich sei jedoch, ob Richtlinien vorliegen, dass zwingend alles in kommunaler Trägerschaft erfolgen müsse. Unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips wäre es sinnvoll, die Träger der freien Jugendhilfe mit einzubeziehen. Diese hätten schließlich zum Teil bereits seit Jahren Kontakte zu den Schulen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erläutert, dass im Erlass nicht vorgeschrieben sei, dass die Trägerschaft zwingend von kommunaler Seite erfolgen müsse. Es müsse sich jedoch um kommunal finanzierte Stellen handeln. Die Verwaltung habe die städtische Trägerschaft vorgeschlagen, da die Schulsozialarbeit Sache des Jugendamtes sei und auf diesem Gebiet bereits Erfahrungen vorlägen. Frau Beigeordnete Dr. Klein betont, die Auswahl und Besetzung der Stellen werde in Kooperation mit den Schulen erfolgen.

Herr Dr. Schlieben teilt mit, er sei froh, dass die Mitbestimmung der Schulen bei der Auswahl angesprochen wurde, da es sich hierbei um einen sehr wichtigen Punkt handele. Er führt aus, dass für die CDU-Fraktion noch Klärungsbedarf bestünde bezüglich der Frage der Leitung bzw. Koordination. Des Weiteren könne die CDU-Fraktion die Vorlage nicht mittragen, da diese nicht die Umsetzung des Willens des Haushaltsbündnisses widerspiegele. Die CDU-Fraktion müsse noch mal über die Vorlage beraten.

Frau Schlitt kritisiert, dass es sich bei dieser Vorlage bereits um die dritte Vorlage handele, die verfristet eingereicht werde und unglaublichen Druck auf ehrenamtliche kommunale Politiker ausübe. Sie bittet, solch wichtige Vorlagen in Zukunft früher einzubringen, damit die Politik genügend Zeit habe, sich vorzubereiten. Sie kündigt für die Fraktion Die Grünen/Bündnis 90 ebenfalls Beratungsbedarf an und beantragt, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu geben. Frau Schlitt betont die Wichtigkeit der Beteiligung der Schulen bei der Auswahl der Sozialarbeiter. Sie bittet um Klärung, ob

unter den Begriff „alle Förderschulen“ auch die Schulen für geistige Entwicklung und die Schulen mit Schwerpunkt Sprache fallen.

Herr Pfarrer Decker betont die Wichtigkeit von Sozialarbeit in Schulen und spricht sich eindeutig für die Initiative aus. Er kritisiert jedoch, dass die freien Träger nicht berücksichtigt wurden. Seines Wissens nach werden alle Schulsozialarbeiterstellen in Düsseldorf von privaten Trägern getragen und in Köln sollten zumindest 50% angestrebt werden. Sofern dies nicht der Fall sei, kündigt Herr Pfarrer Decker wegen dieses Punktes seine Enthaltung bei der Abstimmung an.

Herr Dr. Heinen teilt für die SPD-Fraktion mit, dass die Vorlage ausdrücklich begrüßt werde. Er unterstreicht, dass ganze 44 Stellen geschaffen werden und die Vorlage unbedingt vorankommen müsse damit die Stellen zum nächsten Schuljahr eingerichtet werden können. Im Namen der SPD-Fraktion beantragt Herr Dr. Heinen, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Ausschüsse zu geben um dem Beratungsbedarf gerecht zu werden.

Frau Blum schlägt vor, eine Koordinierungsstelle beim Jugendamt einzurichten. Sie führt aus, dass dann die Koordination nicht verstreut liefe, sondern von einer Stelle beim Jugendamt gelenkt würde. Es gäbe einige Punkte, die die Verwaltung überarbeiten und in eine neue Vorlage einarbeiten müsse.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bittet um Entschuldigung für die späte Einbringung der Vorlage in die Ausschüsse. Bezüglich der Frage zu den freien Trägern erläutert Frau Beigeordnete Dr. Klein, dass die Haushaltszusetzungen keine diesbezügliche Aussage beinhalten haben, so dass zunächst die städtischen Träger bedacht wurden. Dies habe nichts damit zu tun, dass die Fachlichkeit der freien Träger anders beurteilt werde als die städtische. Sollte die Vorlage geändert werden, müsse dies über einen Beschluss erfolgen. Erlassvorschriften stehen der Änderung jedenfalls nicht entgegen.

Frau Becker weist darauf hin, dass lediglich die 10 Förderschulen Lernen und 7 Förderschulen für emotionale soziale Entwicklung bedacht wurden. Die 4 Förderschulen für geistige Entwicklung hätten keinen Schulsozialarbeiter. Auch wäre dies nach ihrer Kenntnis nicht angedacht.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Votum in die weiteren Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von Herrn Pfarrer Decker.

9 Anfragen

Mündliche Anfragen werden nicht gestellt.

einverstanden:

(Beigeordnete)

(Vorsitzende)

(Schriftführer)